

„Zuckertütengeld“ für alle Erstklässler ...

Die LINKE beantragte in der letzten Sitzung des Stadtparlamentes Erkner 2007 ein „Zuckertütengeld“ für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern in Höhe von 80 Euro. Von diesem Geld könnten Schul- und Lernmaterial angeschafft werden. Der gleiche Zuschuss sollte Kindern armer Eltern noch einmal beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Bildungseinrichtung gewährt werden.

Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Die regierende SPD reagierte mit einem „weitergehenden“ Antrag. Alle Erkneraner Erstklässler (... alle Kinder sind gleich) haben nun Anspruch auf 80 Euro zur Schuleinführung. Das finden wir toll und unterstützenswert. DIE LINKE stimmte zu, obwohl sie zunächst „nur“ an die sozial Schwachen dachte. Entsprechend dem SPD-Antrag machte der Bürgermeister doppelt so viel Geld locker, wie von der LINKEN geplant (Was wäre passiert, wenn wir 6800 Euro beantragt hätten?).

Bürgermeister Jochen Kirsch verkündete auf der Stadtverordnetenversammlung eine wichtige, ihm schriftlich(!) vorliegende Information vom Grundsicherungsamt: Die Zuwendung der Stadt wird nicht auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld angerechnet. Einem Antrag vor Schuljahresbeginn 2008 steht also nichts mehr im Weg.

... weiterführende Bildung hängt vom Sozialstatus ab

Abgelehnt wurde dagegen der Antrag der LINKEN, für den Wechsel von Kindern aus Hartz-IV-Familien und Sozialgeldbeziehern an eine weiterführende Schule, diese Zuwendung zu gewähren. Da hörte die Gleichbehandlung bei der SPD schon wieder auf. Die Angst vor zu großen Ausgaben ging um, denn die Dezernentin für Kultur und Bildung konnte nicht sagen, wie viele Kinder Erkners auf die staatliche Fürsorge angewiesen sind. Sind sozial schwache Kinder einer besonderen Förderung nicht würdig? Oder will die Mehrheit im Ortsparlament verhindern, dass es den Kindern armer Familien etwas erleichtert wird, eine gute weiterführende Schule oder gar ein Gymnasium zu wählen?

Dr. Elvira Strauß

**Nächste Stadtverordnetenversammlung:
Mittwoch, 27. Februar, 18.30 Uhr, Rathaus**

Das „Kommunal-Kombi“ – Arbeitsförderung mit büro- kratischen Hindernissen

Seit dem 1.1. 2008 ist ein neues Arbeitsförderungsprogramm in Kraft, das auch in Erkner Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen könnte. Es winken drei Jahre Arbeit, die tariflich beziehungsweise ortsüblich bezahlt wird.

Die SPD-Fraktion beantragte 2007 die Beteiligung Erkners am „Kommunal-Kombi“. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte zu. DIE LINKE fragte seitdem mehrmals nach und beantragte in der Debatte um den Stadthaushalt 12000 Euro für das Jahr 2008 einzustellen, um Löhne aufzustocken. Das wurde abgelehnt. Der Bürgermeister erklärte sich für nicht zuständig, da alles in der Verantwortung des Kreises läge. Außerdem gäbe es noch keine Durchführungsbestimmungen. Er habe aber alles bereits mit der GefAS vorbesprochen.

In der Februar-Sitzung des Sozialausschusses berichtete GefAS-Vorstand Siegfried Unger, dass er elf „Kommunal-Kombi-Stellen“ beantragt habe und bereit sei, anderen Erkneraner Vereinen bei einer Beantragung behilflich zu sein. Noch sei aber im LOS kein Mitarbeiter über das Programm eingestellt, da große bürokratische Hürden bestünden und die Finanzierung nicht gesichert sei. Es sei noch unklar, ob Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden müssen. Davon ist abhängig, ob der Mitarbeiter nach Ende der Maßnahme einen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat.

Zwei Monate der Gültigkeit dieses Programms sind ins Land gegangen, ohne dass Menschen arbeiten durften. Es steht zu befürchten, dass im Ende 2008 wieder eingeschätzt wird: „Bereitstehende Mittel der Arbeitsförderung sind in Größenordnung nicht abgerufen worden und gehen so an den Staatshaushalt zurück.“

Dr. Elvira Strauß

**OFFEN
GESAGT**

Anlässlich des Internationalen Frauentags als Gast bei MdL Renate Adolph
Matthias Krauß liest aus seinem Buch

**Das Mädchen für alles – Angela Merkel
Ein Annäherungsversuch**

8. März, 19 Uhr, Erkner, Fichtenauer Weg 44 (GefAS)

Erkner – ungefiltert, Informationsblatt der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner; V.i.S.d.P.: Andrea Pohl, Fraktionsvorsitzende, Tel. 273 58; Auflage: 1 000 Stück; Redaktionsschluss: 18.2. 2008
kontakt@linke-erkner.de • www.linke-erkner.de

Erkner – ungefiltert

Informationen der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV

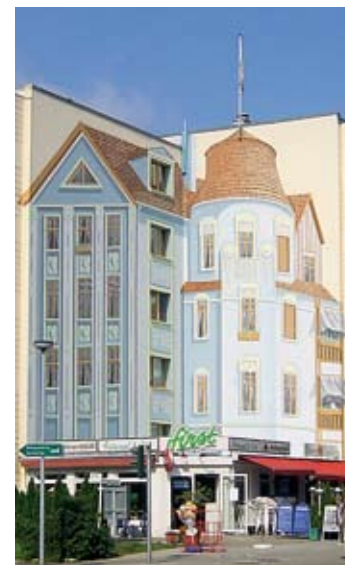
Nr. 1/2008
22. Februar 2008

DIE LINKE.

Fraktion in der Stadt-
verordnetenversammlung Erkner

Erkner und Tourismus ...

Gedanken zur Tourismusentwicklung in Erkner



*Bleibt Tourismus in Erkner
eine Illusion oder kann er
zum Wirtschaftsfaktor ent-
wickelt werden?*

Brauchen die Stadt Erkner und ihre Einwohner überhaupt Tourismus oder wirkt der nur störend? Oder sollte ich besser fragen: Was versteht man in Erkner unter Tourismus?

Eigentlich wurden die Fragen in den von Gemeinde-/Stadtverwaltung in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studien und Konzepten von 1993 und 1998 klar beantwortet: Tourismus kann in Erkner zu einem stabilen Wirtschaftsfaktor werden. Leider haben die nun 10 bis 15 Jahre alten Vorschläge noch heute in der Mehrzahl ihre Gültigkeit. Eine planmäßige Entwicklung in die aufgezeigten Richtungen gab es nicht ansatzweise. Wer daran zweifelt und diese Einschätzung als Miesmacherei oder Parteiengedank im Wahlkampf abtut, dem

empfehle ich Lektüren „Tourismuskonzeption Erkner“ (1993) und „Dialogorientiertes Stadtentwicklungskonzept Erkner“ (1998). Einzusehen sind diese aus Stadtgeldern erarbeiteten Dokumente sicher in der Stadtverwaltung. ➔

Besondere Aktualität bekommt das Thema durch die Situation im Tourismusverein. Die „MOZ“ titelte am 12. Februar „Tourismus-Verein Erkner in Turbulenzen“. Es wurden ehemalige Mitglieder des 2007 gewählten Vorstandes nach ihren Rück- und Austrittsgründen befragt. Dabei kamen Gründe wie: „Es war kein Geld mehr bei den Abgeordneten herauszuholen, ohne irgendwelche Konzepte vorzulegen.“ Stadtverordnetenvorsteher Jörg Vogelsänger (SPD) und SPD-Fraktionschefin Karin Dierks sind aus dem Verein ausgetreten und dann fehlt die Unterstützung, man kämpft gegen Windmühlen. Es gab weder eine ordentliche Bestandsaufnahme noch konzeptionelle Arbeit.

Ich glaube, dass gerade Letzteres eine wesentliche Ursache für die Situation im Erkneraner Tourismus und nicht nur Tourismusverein ist. Aber völlig außer Acht gelassen sollten die Austritte von Jörg Vogelsänger, Karin Dierks und weiterer SPD-Mitglieder auch nicht. Am Mitgliedsbeitrag in Höhe von mindestens 20 Euro als Fördermitglieder kann es doch wohl nicht gelegen haben? Oder liegt es daran, dass 2007 drei CDU-Mitglieder in den Vorstand gewählt wurden – Parteipolitik spielt bei den Regierenden in Erkner immer eine vordergründige Rolle. Oder waren sie mit der Entwicklung des Tourismus in Erkner unzufrieden und sahen keine Einflussmöglichkeiten? Die Gründe hat die „MOZ“ leider nicht mit aufgeschrieben.

Einflussmöglichkeiten hatten sie. Seit der Gründung des Vereins am 9. September 2001 stellte die SPD mit Knut Reuber-Tagesen (Leiter des Wahlkreisbüros des MdB Vogelsänger in Erkner) bis zu seiner Amtsniederlegung 2006 aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitzenden und lange Zeit mit seiner Tochter die hauptamtliche Geschäftsführerin. Beide sind natürlich auch ausgetreten und Knut Reuber-Tagesen steht auch nicht mit seinen Erfahrungen für die laufende Diskussion zu einem Handlungskonzept – initiiert von den beiden übriggebliebenen Vorstandsmitgliedern – zur Verfügung. Aber vielleicht ist es besser so, denn unter seiner Leitung wurde die jetzt vorliegende Situation erreicht. Dabei hätten spürbare Ergebnisse erzielt werden können, wenn sie ihre SPD-Wahlprogramme von 1998 und 2003 nur halbwegs umgesetzt hätten.

Dankenswert ist, dass sich Ingrid Käthner und Christine Wehowski – beide sind sicher die Unschuldigsten am jetzigen Zustand, aber mit Verantwortungsbewusstsein – intensiv um einen Neuanfang des Tourismusvereins bemühen, Ideen entwickeln und Verbündete suchen. Auch die Stadtverwaltung arbeitet mit. Es muss gelingen, den Tourismus auf die Beine zu stellen und ihn zu einem Wirtschaftsfaktor zu entwickeln. Bei den konzeptionellen Gedanken muss zum Glück nicht von vorn begonnen, es kann auf vorliegende Dokumente in der Stadtverwaltung zurückgegriffen werden.

Heinz Schneider



Der Haushalt der Stadt muss innovativer werden

Interview mit dem Vorsitzenden des Ausschusses Finanzen und Haushaltsplanung, Klaus-Dieter Föhlinger (DIE LINKE)

Lieber Klaus-Dieter, im Dezember hat das Stadtparlament den Haushalt für 2008 beschlossen. Was war Eure Position dazu? Zunächst eine Vorbemerkung – seit Jahren spart das Land (also die SPD-CDU-Koalition) bei den Kommunen. Dringend benötigte Gelder werden gekürzt oder stehen für wichtige Projekte nicht zu Verfügung, so dass auch Erkner immer weniger Spielräume hat. Erkner geht es im Vergleich mit anderen Kommunen noch gut: Unser Haushalt ist ausgeglichen. Sozialaufgaben werden erfüllt. Insgesamt wird aber leider nur reagiert, der Bürgermeister nutzt den Haushalt nicht innovativ.

Wie stellst Du Dir das zum Beispiel vor?

Derzeit ist ja Klimaschutz ein großes Thema. Städte wie Marburg verpflichten Bauherren beispielsweise, künftig nur noch Solarzellen auf das Dach zu bauen. Das kostet diese Stadt nicht mal Geld. Ob das in Erkner so geht, ist mir unklar. Wir – alle Erkneraner – sollten nach für Erkner gängigen Lösungen suchen. Dafür hatten wir 20 000 Euro (0,1 Prozent des Haushaltes) beantragt. Oder wir wollten 4 000 Euro einplanen für Baumpflanzungen im Rahmen eines Programms „Erkner wird grüner“. Das wären wirklich zukunftsweisende Ausgaben.

Und was ist daraus geworden?

SPD und CDU haben unsere Vorschläge leider angelehnt.

Gab es auch mal Erfolge bei den Haushaltsberatungen?

Im sozialen Bereich haben wir viel bewirkt. Das Kinderbegrüßungsgeld wurde auf unseren Vorschlag eingeführt, ebenso wie der Sozial-Pass. Das freut einen schon, wenn man das im Finanzausschuss erreicht. Auch forciert die Stadtverwaltung aufgrund unserer Initiative die Nutzung der elektronischen Medien in der Kommunikation mit den Abgeordneten.

Wo gibt es große Konfliktpunkte?

Zum einen sind die Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung ein großes Manko. Hier kommt wenig voran. So steht der Tourismusverein vor großen – aber lange vorher absehbaren – Problemen. Wir haben immer gefordert, nicht →

nur über Geld sondern erst über Inhalte zu reden. Stadtverwaltung und engagierte Bürger müssen jetzt zusammenfinden, damit der Tourismus zu einem Wirtschaftsfaktor wird.

Zum anderen ist die Bürgerbeteiligung am Haushalt mangelhaft. Wir wünschen uns mehr Mitsprache der Erkneranerinnen und Erkneraner an den Ausgaben der Stadt.

Nichtstun führt zum Ende des Flakenstegs

„Flakensteg soll doch abgerissen werden“ – diese Überschrift gab es im November 2007 in der „MOZ“. Das Dementi der Leiterin des Ordnungsamtes, Kristina Althaus, folgte umgehend. Sie sei falsch interpretiert worden.

Inzwischen hat die Stadtverwaltung mit dem Denkmalschutzamt des Landes Brandenburg gesprochen und musste erfahren: Der Schutz bleibt bestehen. Bei einer Rekonstruktion der Brücke ist deren Bogenform unbedingt zu erhalten. Zum wiederholten Mal wurde uns Abgeordneten erklärt, dass der seit rund anderthalb Jahren gesperrte Steg für sehr viel Geld von seinem Sockel gehoben werden müsse, um eine Untersuchung und detaillierte Planung der Sanierung in Angriff zu nehmen. Bisher habe man keine Firma gefunden. Außerdem gebe es die zweite Straßenbrücke mit einem kombinierten Geh- und Radweg. Wie die Erkneraner sehen können, hat das Prestigeobjekt nur auf einer Seite einen rund zwei Meter breiten Weg für Fußgänger und Radfahrer. Wie an vielen Stellen der Stadt entspricht die Bereite des Radweges keinen Vorschriften und birgt somit Gefahren für Fußgänger und Radfahrer. Ein besonderes Hindernis für Menschen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, Rollstuhlfahrer und Muttis mit Kinderwagen ist die viel zu steile Treppe, die aus dem Wohngebiet zur Brücke führt. Ein touristischer Höhepunkt ist das total verkommene Umfeld auch nicht.

Die Gedanken der Bürger, die den Flakensteg erhalten möchten, die Forderung nach demokratischer Mitsprache und die ständigen Nachfragen der LINKEN nerven die Stadtverwaltung. Welche Straßen in den nächsten Jahren mit dem vorhandenen Geld saniert werden sollen, scheint ausgewürfelt zu werden. Vor allem aber ist der Verwaltung der von den Bürgerinnen und Bürgern erstrittenen Denkmalschutz und damit der Flakensteg ein Dorn im Auge. Im Investitionsprogramm für die Jahre bis 2011 waren 490 000 Euro eingeplant, um den Steg zu erhalten. Beschlossen wurden, gegen unsere Stimmen, aber nur 40 000 Euro. Davon kann die Ruine nicht einmal abgerissen werden.

Dr. Elvira Strauß